

der Angemessenheit der disziplinarischen Maßnahme durch den Heiligen Stuhl. Die Tatsache, daß Hunthausens Brief und Ansprache an die Bischöfe von der Bischofskonferenz veröffentlicht wurden, wurde im übrigen als Unterstützung für Hunthausen interpretiert. Hunthausen meinte nach den Beratungen, er habe die von ihm gewünschte Unterstützung von den Bischöfen erhalten. In Kommentaren hieß es, daß es in der Hunthausen-Frage auf der Bischofskonferenz weder Gewinner noch Verlierer gegeben habe. Man möchte sich nicht in eine antirömische Haltung drängen lassen, während man der Sache nach nicht weit von der Einschätzung Hunthausens entfernt sein dürfte, die Sanktion gegenüber dem Erzbischof von Seattle sei „theologisch fragwürdig“ und „in der Praxis undurchführbar“.

Brisant waren die Diskussionen über den Fall Hunthausen und damit verbunden über die Beziehungen zwischen dem Vatikan und der US-amerikanischen Ortskirche, sowie über die Rolle der nationalen Bischofskonferenzen in einer solchen Situation nicht zuletzt vor dem Hintergrund der für September dieses Jahres angekündigten zweiten Reise Johannes Pauls II. in die Vereinigten Staaten. Die Bischöfe beschlossen, daß eine hochrangige Delegation noch im Frühjahr nach Rom reist, um mit dem Papst die Lage in der US-Kirche zu erörtern und die Papstreise vorzubereiten.

Hinweise auf die augenblickliche Stimmung innerhalb der US-Bischofskonferenz bzw. über die Kräfteverhältnisse innerhalb von ihr haben im übrigen die Wahlen zum Nachfolger von Bischof Malone als Präsident der Bischofskonferenz. Dabei hatte der als „konservativ“ geltende Bostoner Erzbischof, Kardinal Bernard Law, mehrfach das Nachsehen: Im Rennen um die Präsidentschaft unterlag er dem als „gemäßigt“ geltenden früheren Vizepräsidenten der Bischofskonferenz, Erzbischof John May von St. Louis, bei der Wahl des Vizepräsidenten gegenüber dem ähnlich wie May eingestufteten Erzbischof Daniel Pilarczyk von Cincinnati. Bei der Wahl

für die Vertretung der US-Bischöfe bei der Bischofssynode im Herbst dieses Jahres unterlag Law ein weiteres Mal (Time, 24. 11. 86), diesmal dem „liberalen“ Rembert Weakland, Erzbischof von Milwaukee und Leiter des Komitees, das den Wirtschaftshirtenbrief erarbeitete.

Wirtschaftshirtenbrief mit pastoraler Botschaft

Der *Wirtschaftshirtenbrief* (vgl. HK, Januar 1986, S. 9 ff.) wurde mit nur geringfügigen Änderungen gegenüber dem dritten Entwurf mit 255 gegen neun Stimmen gutgeheißen. (Eine ausführliche Dokumentation darüber folgt noch.) Zusätzlich verabschiedeten die Bischöfe eine kürzere *pastorale Botschaft*, in der Sinn und Zweck sowie die zentralen Themen des Briefes dargestellt werden. Für verstärkte Bemühungen um die Rezeption und Umsetzung des Hirtenbriefs in der US-Kirche wurde ein mit 525 000 US-

Dollar dotiertes Programm beschlossen. Unterdessen hat die sogenannte „Laienkommission für die katholische Soziallehre und die US-Wirtschaft“ unter dem früheren Finanzminister William Simon ihre bereits früher erhobene Kritik an dem Hirtenbrief erneuert. Diese Gruppe wirft den Bischöfen vor, sie hätten sich für eine „vorrangige Option für den Staat“ stark gemacht. Man vertraue allzu sehr auf Eingriffe des Staates als Mittel, um den Armen zu helfen. Erzbischof Weakland hielt dem entgegen, die Regierung komme nicht umhin, eine Rolle im Bereich der Wirtschaft zu spielen. Im dritten Entwurf des Hirtenbriefs hieß es dazu: Das marktwirtschaftliche System trage zum Erfolg der US-Wirtschaft bei; dies täten jedoch ebenso Bemühungen, die dazu beitrügen, daß wirtschaftliche Einrichtungen und eine öffentliche Wirtschaftspolitik geschaffen würden, die es allen ermöglichen, an den Reichtümern des Landes teilzuhaben (Nr. 8). K. N.

Anglikaner: Vor erheblichen Belastungsproben

Der anglikanisch-katholische Dialog hat eine wichtige Hürde genommen. Auf ihrer jüngsten Tagung Mitte November billigte die Generalsynode der Kirche von England den 1982 von der anglikanisch-katholischen Kommission vorgelegten Schlußbericht, der die gemeinsamen Erklärungen zu Eucharistie, Amt und Autorität in der Kirche enthält. Mit 400 Ja- gegen 51 Neinstimmen sprach sich die Synode für den entsprechenden Antrag aus, in dem es heißt, der Schlußbericht biete eine ausreichende Grundlage, um die nächsten konkreten Schritte mit dem Ziel der Wiederversöhnung der beiden Kirchen zu unternehmen. Der Abstimmung in der Generalsynode waren Beschlüsse der Dekanats- und Diözesansynoden vorausgegangen. Die Entscheidung der Mutterkirche der weltweiten Anglikanischen Ge-

meinschaft ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur nächsten Lambeth-Konferenz, bei der 1988 alle anglikanischen Bischöfe zusammenkommen und u. a. auch über den weiteren Weg der anglikanisch-katholischen Beziehungen sprechen werden.

Positives Votum, aber auch Bedenken

Die Generalsynode stimmte nicht nur über den Schlußbericht als ganzen ab, sondern die Erklärungen zu Eucharistie, Amt und Autorität in der Kirche wurden auch einzeln zur Abstimmung gestellt. Die Synodalen stellten dabei fest, daß die *Erklärung über die Eucharistie* in der Substanz mit dem Glauben der Kirche von England übereinstimme, ebenso die Erklärung über das *Amt*. Diese biete eine feste Grund-

lage, von der aus man zu einer Wiederversöhnung der Ämter der beiden Kirchen kommen könne. In beiden Fällen gab es bei den Bischöfen keine Gegenstimmen, bei den Vertretern des Klerus nur wenige, bei den Laienvertretern („House of Laity“) stimmte demgegenüber etwa jeder dritte gegen die Anträge. Die relativ starke Reserve gegenüber den Ergebnissen des anglikanisch-katholischen Dialogs unter den Laiensynodalen dürfte vor allem damit zu tun haben, daß eine beträchtliche Anzahl von ihnen dem evangelikalen Flügel der Kirche von England zuzurechnen ist.

Es war keine Überraschung, daß die Zahl der Neinstimmen bei der *Erklärung über die Autorität in der Kirche* am höchsten war. Schließlich erkennen in diesem Teil des Schlußberichts (vgl. den Text, HK, Mai 1982, 226–232) die Anglikaner grundsätzlich das Petrusamt als Teil der Struktur einer anglikanisch-katholischen Kirchengemeinschaft an, auch wenn sie gleichzeitig kritische Anmerkungen zur konkreten Ausgestaltung des Lehr- und Jurisdiktionsprimats machen. Bei den Bischöfen gab es zum Antrag über die Autoritäts-Erklärung 38 Ja- gegen fünf Neinstimmen, im „House of Clergy“ votierten 182 Synodalen für und 43 gegen den Antrag, während die Abstimmung im „House of Laity“ 124 Ja- und 89 Neinstimmen ergab. In der Debatte über den Antrag kamen die *anglikanischen Bedenken* gegen diesen Teil des Schlußberichts nochmals deutlich zum Vorschein: Man kritisierte, daß die Rolle der Laien in kirchlichen Entscheidungsprozessen nicht ausreichend berücksichtigt werde und daß es sich der Schlußbericht mit den katholischen Mariendogmen wie mit dem Unfehlbarkeitsdogma zu leicht mache. Kein Anglikaner, so wurde argumentiert, könne den Primat des Papstes in seiner jetzigen Gestalt akzeptieren.

Robert Runcie, der Erzbischof von Canterbury, warnte dagegen in seinem Debattenbeitrag vor einem britischen Isolationismus, den er aus manchen kritischen Stellungnahmen zum Schlußbericht heraushöre. Rom habe eine geschichtliche Bedeutung, die

man nicht ignorieren könne, auch wenn man sie theologisch genauer befragen müsse. Das Friedensgebet von Assisi habe gezeigt, daß die anderen Weltreligionen den Papst als wichtigsten Sprecher der Christenheit ansähen; niemand außer dem Papst hätte ein Treffen wie das von Assisi zusammenbringen können. Zumindest in Assisi, so Erzbischof Runcie, habe er die Möglichkeit eines neuen Stils päpstlicher Führung wahrgenommen, „eher ein Primat gemäß dem anglikanisch-katholischen Schlußbericht als eine päpstliche Monarchie“.

Die umstrittene Aktion von Bischof Leonard

Zwei Tage vor der Diskussion über die anglikanisch-katholische Erklärung zur Autorität in der Kirche mußte sich Erzbischof Runcie vor der Generalsynode zu einem Fall äußern, der in der Kirche von England in den letzten Monaten erhebliche Wellen geschlagen hat: Kurz vor der Synodaltagung war der Bischof von London, *Graham Leonard*, von einer Reise in die USA zurückgekehrt, bei der er in einer anglikanischen Gemeinde in Tulsa (Oklahoma) die Firmung gespendet hatte. Bischof Leonard, bekannt als scharfer Gegner der Frauenordination und markanter Verteidiger „katholischer“ Positionen innerhalb der Kirche von England, hatte dieser Gemeinde zugesagt, sie geistlich und pastoral zu betreuen, nachdem ihr Pfarrer von der amerikanischen Episkopalkirche seines Amtes enthoben worden war. Die Amtsenthebung von Pfarrer *John Pasco* und die formelle Aufhebung der Gemeinde durch die Kirchenleitung war nach längeren Streitigkeiten über das Pfarreivermögen erfolgt. Im Hintergrund stehen allerdings tieferliegende Probleme in der Episkopalkirche, des amerikanischen Zweigs der Anglikanischen Gemeinschaft: Die Gemeinde in Tulsa und ihr Pfarrer gehören zu denjenigen, die die Frauenordination und die neuen liturgischen Bücher ablehnen.

Das Engagement von Bischof Leonard für die amerikanische Pfarrei war sowohl von den Bischöfen der

Episkopalkirche wie von seinen Amtsbrüdern in der Kirche von England mißbilligt worden. Die englischen Bischöfe beschlossen bei nur einer Gegenstimme und zwei Enthaltungen, kein Bischof der Church of England solle sich ohne Zustimmung der zuständigen Kirchenleitung in die Belange einer anderen Provinz der Anglikanischen Gemeinschaft einmischen. Nach seiner Rückkehr aus den USA kam es zu einem Gespräch zwischen Bischof Leonard (der als Bischof von London traditionsgemäß den dritten Rang in der anglikanischen Hierarchie einnimmt) und dem Erzbischof von Canterbury. In einer *gemeinsamen Erklärung* der beiden Bischöfe nach dem Gespräch hieß es, der Erzbischof erkenne die pastorale Sorge des Bischofs von London für einen abgesetzten amerikanischen Pfarrer an, mißbillige aber nach wie vor dessen Entscheidung, gegen den Willen des zuständigen Bischofs und der englischen Bischöfe nach Tulsa zu gehen und dort die Firmung zu spenden. Der Bischof von London habe zugestanden, daß sein Verhalten Fragen in bezug auf die bischöfliche Kollegialität aufgeworfen habe.

Wie sehen die nächsten Schritte aus?

Sowohl die Auseinandersetzung um Bischof Leonard wie die Diskussion über den Schlußbericht in der Generalsynode machen deutlich, daß die Kirche von England derzeit erheblichen Belastungsproben ausgesetzt ist. Sie dürften sich in den nächsten Jahren noch verschärfen, wenn zum einen die endgültige Entscheidung für die *Frauenordination* fällt und zum anderen konkrete Schritte auf dem Weg zu größerer kirchlicher Gemeinschaft von Anglikanern und Katholiken anstehen. Wie solche Schritte aussehen könnten, hängt allerdings nicht nur von der anglikanischen, sondern auch von der katholischen Seite ab. Nach den nicht nur für Anglikaner, sondern auch für viele katholische Beteiligte am Dialog enttäuschenden Bemerkungen der Glaubenskongregation zum Schlußbericht (vgl. HK, Juni 1982, 288–293) bleibt abzuwarten,

wie die definitive römische Stellungnahme aussehen wird. Würde sie nicht wesentlich über das von der Glaubenskongregation 1982 Angemerkte hinausgehen, hätten es die Befürworter einer engeren Kirchengemeinschaft mit Rom in den anglikanischen Kirchen um einiges schwerer. Gleich wie die Überlegungen der Lambeth-Konferenz von 1988 ausfallen werden: Sie haben für die einzelnen Provinzen der Anglikanischen

Gemeinschaft nur den Charakter von *Empfehlungen*. Die Provinzen sind in ihren Entscheidungen autonom, wie sich nicht zuletzt bei der Frauenordination gezeigt hat. Auch in bezug auf die *Bischofsweihe für Frauen* ziehen die Provinzen nicht am gleichen Strang: Bisher wurde in keiner der Kirchen, die die Frauenordination praktizieren, eine Frau zum Bischof geweiht. Die Bischöfe der Anglikanischen Kirche in Kanada erklärten allerdings im

Juni 1986, es gebe keine rechtlichen oder theologischen Hinderungsgründe für die Weihe einer Frau zum Bischof. Im März hatte erst ein Treffen der leitenden Bischöfe der Anglikanischen Gemeinschaft stattgefunden, bei dem an die Kirchen die dringende Bitte ergangen war, keine Frau zum Bischof zu weihen, bevor nicht das Thema auf der Lambeth-Konferenz 1988 diskutiert worden sei. U. R.

Die „Wende“ kam ganz anders

Österreich nach den Wahlen

Die Wahlen zum Nationalrat haben ein Ergebnis gebracht, das zwar eine in den großen Parteien angestrebte große Koalition fast zwingend, aber das Regieren keineswegs leichter macht. Sie haben erst einmal beide neben inneren Schwächen eine große Vertrauenskrise in der Bevölkerung zu überwinden. Und der Zwang zur Zusammenarbeit in Form von Machtteilung eröffnet demagogischen Opponenten wie dem neuen FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haider ein ideales Terrain. Dennoch gibt es gegenwärtig zur großen Koalition kaum eine Alternative, nachdem sich die SPÖ gegen die FPÖ festgelegt hat. Eine Koalition von ÖVP und FPÖ hätte es vermutlich ihrerseits noch um einiges schwerer als ein Bündnis von SPÖ und ÖVP, schon weil „bürgerliche“ Sanierungspolitik mit härterem Widerstand der Gewerkschaften rechnen müßte.

Die konservative „Wende“ ist in Österreich nicht in dem angekündigten Sinn eingetreten. Anders als etwa in Frankreich oder auch in der Bundesrepublik Deutschland, wo die Sozialdemokraten zuletzt in Hamburg eine besonders schwere Niederlage erlitten, stellt die Sozialistische Partei in Österreich auch weiterhin die stärkste Fraktion im Parlament: Mit 80 Mandaten (bisher 90) liegt sie knapp vor der ÖVP, die sich mit 77 Sitzen (bisher 81) zufriedengeben mußte, während die Freiheitliche Partei Österreichs 18 Mandate errang (bisher 12) und die Grünen auf Anhieb acht Sitze gewannen. Für die christdemokratische ÖVP ist dieser Wahlausgang nach wie vor ein schmerzlicher Schock, denn nach 16 Jahren sozialistischer Regierungsmacht und nach den vielen Pannen und Pleiten, die die kleine Koalition von SPÖ und FPÖ in jüngster Zeit zu verantworten hatte, schien der Machtwechsel zum Greifen nahe. „Das mußte eine Partei erst zusammenbringen, gegen diese SPÖ zu verlieren“, höhnte der ehemalige Generalintendant des Österreichischen Rundfunks, *Gerd Bacher*, den die ÖVP im Sommer nicht vor seiner Abwahl durch die SP-FP-Allianz im ORF zu schützen vermochte: „Einen so maroden Gegner

wird der liebe Gott der ÖVP kein zweites Mal schenken.“

Warum der Führungsanspruch der ÖVP von den österreichischen Wählern nicht akzeptiert worden ist, darüber rätseln seit dem Wahltag viele Politologen und Kommentatoren, auch manche Meinungsforscher, die vergeblich die Blamage ihrer falschen Prognosen zu bemängeln suchen. Als Ursachen des überraschenden Wahlausganges am 23. November schälen sich aber inzwischen immer deutlicher mehrere Faktoren heraus:

Vranitzky rettet die SPÖ

Eine Schlüsselrolle spielte gewiß der Entschluß der sozialistischen Parteispitze im Juni, einen Tag nach der SP-Niederlage bei der *Waldheim-Wahl* dem Rücktritt des unpopulären Bundeskanzlers *Fred Sinowatz* zuzustimmen. An seiner Stelle wurde der bisherige Finanzminister *Franz Vranitzky* in das Amt des Kanzlers berufen. Damit kam ein Mann an die Spitze der Bundesregierung in Wien, der fern aller sozialistischen Visionen eines *Bruno Kreisky* ein nüchterner Pragmatiker ist.

Dieser Gegensatz wurde vor einer breiten Öffentlichkeit deutlich, als Kreisky noch während des Wahlkampfes in Österreich herumreiste und in überfüllten Sälen, in einer Atmosphäre, die nostalgischen Weihstunden glich, seine alten Stehsätze beschwor: „Lieber ein paar Millionen Schulden als tausend Arbeitslose mehr!“ Zur gleichen Zeit vertrat Kanzler Vranitzky in sozialistischen Wahlversammlungen ein ganz anderes Konzept, wobei von Sozialismus nur noch am Rande die Rede war: Eine „ehrliche Politik“ sei notwendig, sagte Vranitzky immer wieder mit besonderer Betonung, ein *eiserner Sparkurs*, im verstaatlichten VÖEST-Konzern gebe es keine andere Möglichkeit als zehntausend Arbeitnehmer „freizusetzen“, mit einem Wort: Man dürfe nichts versprechen, was man nicht halten könne.